anhielt. Bei G. nahm der Angeklagte die 19jährige Studentin B. mit und unterhielt sich während der Fahrt.

Kurz vor N. fuhr vor dem Angeklagten ein Pkw „Trabant“. Der Angeklagte fuhr mit einer Geschwindigkeit von etwa 70 km/h. Vor einer Straßenkrümmung kam ihm ein Pkw „Moskwitsch“ entgegen, hinter dem ein Mobilkran fuhr. Der Kran hatte eine Breite von 3,7 m. Der Pkw „Moskwitsch“ begleitete den Kran als Warnfahrzeug und fuhr etwa 200 m vor ihm. Die Geschwindigkeit dieser beiden Fahrzeuge betrug etwa 20 km/h. Der Zeuge F., der das Warnfahrzeug fuhr, hatte die Straßenkrümmung bereits passiert, als er die beiden Pkws „Trabant“ im Gegenverkehr bemerkte. Er gab beiden Fahrzeugen durch kurzes Aufleuchten der Scheinwerfer Warnzeichen. Der Kran befand sich zu dieser Zeit am Anfang der Straßenkrümmung. Als sich der erste Pkw „Trabant“ in Höhe des Pkw „Moskwitsch“ befand, verringerte er seine Geschwindigkeit und fuhr mit etwa 50 km/h an dem Kran vorbei. Der Angeklagte sah plötzlich die Stopplichter des vor ihm fahrenden Pkw aufleuchten und bremste ebenfalls. Er war an das vorausfahrende Fahrzeug auf 10 bis 15 m herangekommen. Nach dem Bremsen kam das Fahrzeug des Angeklagten ins Schleudern und rutschte von der rechten auf die linke Straßenseite. Obwohl der Fahrer des Krans darauf reagierte, konnte er einen Zusammenstoß mit dem Fahrzeug des Angeklagten nicht vermeiden. Der Pkw geriet unter den Kran.

Bei dem Zusammenstoß erlitt die Studentin schwere Verletzungen, an deren Folgen sie auf dem Weg ins Krankenhaus verstarb. Der Angeklagte trug eine Gehirnerschütterung mittleren Grades davon und war bis zum Abend des Unfalltages ohne Bewußtsein.

Auf Grund dieses Sachverhalts hat das Kreisgericht den Angeklagten von der Anklage der Herbeiführung eines schweren Verkehrsunfalls freigesprochen.

Gegen dieses Urteil legte der Staatsanwalt Protest ein, mit dem er die Verurteilung des Angeklagten erstrebt. Der Protest hatte Erfolg.

Aus den G r ü n d e n :

Das Kreisgericht ist seiner Pflicht zur allseitigen und unvoreingenommenen Feststellung des Sachverhalts nach § 222 StPO nicht gerecht geworden. Es hat die Grundsätze des Beschlusses des Plenums des Obersten Gerichts zu Fragen der gerichtlichen Beweisaufnahme und der Wahrheitsfindung im sozialistischen Strafprozeß vom 30. September 1970 (NJ-Beilage 5/70 zu Heft 21) nicht beachtet.

Das Kreisgericht hat Widersprüche zwischen dem Ergebnis des Ermittlungsverfahrens und der Beweisaufnahme in der Hauptverhandlung nicht geklärt, einzelne Beweismittel nicht auf ihre Zuverlässigkeit überprüft und sich nicht kritisch mit den Einlassungen des Angeklagten auseinandergesetzt. Es hat keine zusammenhängende Würdigung der erhobenen und zur Verfügung stehenden Beweise vorgenommen, um ein umfassendes Gesamtbild des Geschehens zu erreichen.

In der Hauptverhandlung erklärte der Angeklagte, daß zwei Tage nach dem Unfall ein Herr ins Krankenhaus gekommen sei und ein Protokoll aufgenommen habe. Er habe dabei keine geschlossene Schilderung des Geschehens geben können. Der Herr habe selbst Ausführungen gemacht und diese aufgeschrieben. An anderer Stelle brachte der Angeklagte in der Hauptverhandlung zum Ausdruck, daß er die Aussage im Protokoll der Beschuldigtenvernehmung nicht mehr voll aufrechterhalten könne.

Die Beschuldigtenvernehmung war ausweislich der Akte aber erst am 2. November 1970. Zu dieser Zeit war der Angeklagte bereits den achten Tag im Krankenhaus und bei vollem Bewußtsein. Nach seinen eigenen Angaben konnte er sich an den Besuch einen Tag nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus erinnern.

Mit diesen Einlassungen des Angeklagten hat sich das Kreisgericht im Urteil nicht kritisch auseinandergesetzt, obwohl das unumgänglich war. Die exakte Feststellung der Bedingungen, unter denen der Angeklagte seine ersten Angaben machte, ist von Bedeutung, um bei der Würdigung ihres Wahrheitsgehalts berücksichtigen zu können, ob er zu dieser Zeit — also nach dem Unfall und dem Erwachen aus der Bewußtlosigkeit — u. U. noch unter der Einwirkung der Unfallfolgen stand und seine Darlegungen aus diesem Grund nicht exakt sein könnten.

Da nicht ausgeschlossen werden kann, daß beim Angeklagten nach dem Unfall infolge der erlittenen Gehirnerschütterung eine Erinnerungslücke entstand, war es weiter erforderlich festzustellen, bis zu welchem Stadium des Unfallgeschehens diese zurückreicht. Dabei ist zu beachten, daß die Zeitdauer, für die eine retrograde Amnesie besteht, nicht immer gleich zu bleiben braucht. Es besteht vielmehr die Möglichkeit, daß sich diese später zurückbildet. Deshalb ist zu klären, was von den Einlassungen des Angeklagten nachträglich hypothetische Interpretation und was echtes, sich möglicherweise erweiterndes Gedächtnis des Angeklagten ist. Damit im Zusammenhang ist es auch möglich, aus dem tatsächlichen Geschehen, wie es sich objektiv darstellt, im Zusammenhang mit den Wahrnehmungen der Zeugen die Zuverlässigkeit der Aussagen des Angeklagten zu überprüfen, (*wird ausgeführt*)

Aus dem Aufbau des Urteils ist ersichtlich, daß das Kreisgericht bei der Prüfung der Sache unsystematisch vorgegangen ist. Bei Verkehrsstraftaten sind — wie in der Regel bei allen Fahrlässigkeitsdelikten — zunächst die objektiven Geschehnisse festzustellen, die zum Unfall führten. Danach ist zu prüfen, welche Pflichten dem Angeklagten in einer derartigen Situation oblagen und ob er diese Pflichten bewußt oder unbewußt verletzt hat. Bei schuldhaften Pflichtverletzungen ist zu untersuchen, ob sie kausal für den Unfall bzw. die Verletzungen oder den Tod von Menschen sind. Danach sind die Tatbestandsmäßigkeit nach § 196 StGB und die Schuld zu prüfen.

Die Beweismittelwürdigung im Urteil des Kreisgerichts enthält nicht die wesentlichen Anhaltspunkte aus dem Beweisergebnis. Bei der Erörterung der subjektiven Bedingungen des Angeklagten in der Unfallsituation werden abstrakte Versionen genannt, für die sich aus den erhobenen Beweisen keine Anhaltspunkte ergeben. Das ist nicht zulässig, weil nur auf der Grundlage der gesetzlich zulässigen Beweismittel (§ 24 StPO) über die strafrechtliche Verantwortlichkeit entschieden werden kann.

In der erneuten Hauptverhandlung ist anhand dieser Beweismittel zu prüfen, ob der Angeklagte eine Pflichtverletzung begangen hat, indem er nicht genügend aufmerksam war. Dabei sind die Bedingungen des modernen Straßenverkehrs, die Anforderungen an das Verhalten der Kraftfahrer bei hohen Geschwindigkeiten und die sich daraus gemäß § 1 StVO ergebenden Grundpflichten zu beachten.

Weiterhin muß genau geprüft werden, ob der Angeklagte unter Berücksichtigung der am Unfalltag gegebenen Verhältnisse einen angemessenen Abstand zum vorausfahrenden Fahrzeug eingehalten hat (§ 7 Abs. 3 StVO). Bei der Beurteilung, ob ein Abstand zwischen zwei Fahrzeugen angemessen ist, sind insbesondere die Geschwindigkeit des Vorausfahrenden, die eigene Geschwindigkeit, die übrige Verkehrslage, die Straßen- und Sichtverhältnisse sowie der notwendige Bremsweg zu beachten. Dabei kann nicht immer davon ausgegangen werden, daß Fahrzeuge des gleichen Typs bei der gleichen Geschwindigkeit auch den gleichen